



# HESSISCHER LANDTAG

28. 08. 2019

Plenum

## **Dringlicher Antrag**

**Claudia Papst-Dippel (AfD), Klaus Gagel (AfD), Gerhard Schenk (AfD)  
und Fraktion**

### **Waldbesitzer stärken, neuen Wald naturgemäß fördern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erkennt die außerordentlich schwierige Lage der Waldbesitzer in Hessen durch die Serie von Kalamitäten in 2018/2019, als eines der größten Schadereignisse der letzten 30 Jahre an. Wir erleben eine ökonomische Katastrophe, die in vollem Umfang noch nicht zu beziffern ist und sich Jahre hinziehen wird.
2. Der Landtag ist sich der großen Verantwortung bewusst, dem hessischen Staatswald und damit dem Eigentümer, also allen Bürgern Hessens, nach den katastrophalen Schäden durch die Kalamitätenserie mit Windwurf durch den Sturm Friederike, Borkenkäferbefall und Dürre des letzten Sommers, jede mögliche Hilfe zukommen zu lassen.
3. Die Hilfen werden aber auch für alle Waldbesitzarten unbürokratisch und schnell zur Verfügung gestellt werden.
4. Die Landesregierung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die De-Minimis-Regeln überprüft und wenn möglich wegen der ökonomischen Katastrophe ausgesetzt werden können. Die durch das Kartellrechtsverfahren nötige Umstrukturierung der Holzvermarktung mit Neugründung von Holzvermarktungsunternehmen, fällt zeitlich in eine fatale Situation mit Schadereignissen und daniederliegen des Holzmarktes. Hilfsprogramme müssen trotz De-Minimis möglich sein.
5. Der Landtag sieht die Probleme bei der Aufforstung der Freiflächen, die sich durch das Absterben vieler Bestände ergeben haben und noch ergeben werden, als große Herausforderung. Die Menge an zertifiziertem Saatgut und Setzlingen für die Aufforstung der Bestände ist begrenzt, Fachpersonal für die anstehende Arbeit ist knapp und die gesamte Holzwirtschaft kämpft mit dem Preisverfall besonders des Fichtenholzes.
6. Der Landtag erkennt, dass es in dieser ökonomisch desaströsen Situation, neben den finanziellen Hilfen des Landes und Bundes, auch zwingend nötig ist eine funktionierende Naturverjüngung anzustreben. Dazu muss der derzeitige Reh- und Hirschbestand für mindestens zehn Jahre deutlich reduziert werden, damit ein „waldverträglicher“ Wildbestand entsteht.
7. Der Landtag bittet die Landesregierung den Hegegemeinschaften zu empfehlen, die Waldbesitzer durch einen entsprechenden Abschuss zu entlasten.
8. Die Landesregierung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Waldbesitzer finanzielle Hilfen erhalten und dabei keine Vorgaben für die Auswahl der Baumarten gemacht werden. Die Entscheidung über die Auswahl von Baumarten muss der Fachmann vor Ort standortbezogen treffen. Die vorhandene Naturverjüngung kann hier einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung eines stabilen Mischwaldes leisten.

**Begründung:**

Nur mit entsprechender Jagd wird es so schnell wie möglich neue Wälder geben, die den entstandenen ökonomischen Schaden zumindest für die Zukunft reduzieren. Dabei können durch Naturverjüngung gemischte, stabile und ökologisch nachhaltige Bestände entstehen, die nachfolgenden Generationen eine gute Waldwirtschaft ermöglichen. Die ganzheitliche Betrachtung des Ökosystems Wald, eine handwerklich gute Forstpraxis und die sinnvolle Lenkung von Baum- und Tierbestand sind Grundlage für die Regeneration unserer Wälder.

Wiesbaden, 28. August 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**

**Claudia Papst-Dippel**  
**Klaus Gagel**  
**Gerhard Schenk**